

Ausbildungsgarantie zur Fachkräftesicherung: Die Initiative „Übergänge mit System“ und was Deutschland von Österreich lernen kann

Abstract:
Die Bertelsmann Stiftung hat in Deutschland die Initiative „Übergänge mit System“ initiiert, um mehr Jugendliche in Ausbildung zu bringen. Der Beitrag erläutert die Initiative und nimmt Bezug zur Ausbildungsgarantie in Österreich.

Die Lage am Ausbildungsmarkt in Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren deutlich zugunsten der Bewerber verändert: Befanden sich im Jahre 2006 noch über eine halbe Million junger Menschen im sogenannten Übergangssystem (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008, S. 96), so ist diese Zahl mittlerweile auf rund 320.000 Personen gesunken (vgl. Statistisches Bundesamt 2011). Die Gründe hierfür sind oft beschrieben worden, der demographische Wandel und die wirtschaftliche Entwicklung mit dem sich abzeichnenden Fachkräftemangel seien hier nur stichwortartig erwähnt. Dennoch wird sich die Übergangsproblematik nicht von selbst lösen: Die Ergebnisse des Nationalen Bildungsberichtes 2010 zeigen, dass der demographische Wandel die Übergangsproblematik zwar quantitativ etwas entschärfen, die qualitativ-strukturellen Probleme jedoch nicht überwinden und beseitigen kann. Dem Bildungsbericht zufolge wird die Zahl der Jugendlichen im Übergangsbereich aufgrund der demographischen Entwicklung bis 2025 zwar zurückgehen, jedoch ohne Reformen und strukturelle Veränderungen noch immer auf einem Niveau von ca. 238.000 Jugendlichen verbleiben (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010, S. 313). Die jährlichen Kosten würden sich bei dieser Zahl auf ca. 3,3 Mrd. € jährlich (gegenüber 4,3 Mrd. € in 2010) belaufen (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010, S. 313 und 317). Es wäre fatal, wenn sich diese Prognose bewahrheiten sollte. Sowohl aus individueller als auch aus ökonomischer und sozialer Perspektive ist es nicht zu verantworten, in Zeiten hohen Fachkräftebedarfs Hunderttausende junger Menschen erst auf Umwegen oder teilweise ganz ohne Ausbildung in das Arbeitsleben starten zu lassen.

Um hier Abhilfe zu schaffen, hat die Bertelsmann Stiftung Mitte 2009 die Initiative „Übergänge mit System“ ins Leben gerufen. Gemeinsam mit 15 Ministerien aus den Bundesländern Baden-

Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Schleswig-Holstein sowie der Bundesagentur für Arbeit verfolgt sie mit dieser Initiative das Ziel, die Ausbildungschancen von Jugendlichen zu verbessern. Es soll erreicht werden, dass es für Ausbildungsbewerber in Zukunft nur noch zwei Wege gibt:

Weg 1: Jugendliche, die über die notwendigen Kompetenzen zur Aufnahme einer Berufsausbildung verfügen, bisher aber noch keine Lehrstelle gefunden haben, sollen ein verbindliches Ausbildungsangebot erhalten. Oberste Priorität hat dabei die duale, betriebliche Ausbildung. Stehen nicht genügend duale Ausbildungsplätze zur Verfügung, so sollen die Jugendlichen vollzeitschulisch oder außerbetrieblich in anerkannten Ausbildungsberufen unter Einbeziehung von betrieblichen Praxisphasen ausgebildet werden. Bereits im Verlauf dieser „betriebsnahen“ Ausbildung ist darauf hinzuwirken, dass ein Übergang in eine duale Ausbildung erfolgt und dass dabei die bereits erworbenen Kenntnisse und Kompetenzen angerechnet werden. Wenn dieser Übergang nicht gelingt, soll die Ausbildung ohne Zeitverlust bis zur Abschlussprüfung außerbetrieblich abgeschlossen werden können.

Weg 2: Jugendliche, die aufgrund von starken kognitiven oder sozialen Schwierigkeiten noch nicht reif sind für eine Berufsausbildung, sollen in Maßnahmen individuell schnellstmöglich dazu befähigt werden und nach dem Erwerb der vorher fehlenden Kompetenzen ebenfalls ein verbindliches Ausbildungsangebot erhalten.

Wie die Neuordnung des Übergangs von der Schule in den Beruf entlang diesen zwei Wegen genau aussehen soll, haben die Kooperationspartner von „Übergänge mit System“ im Frühjahr dieses Jahres in einem detaillierten Rahmenkonzept vorgelegt (vgl. Bertelsmann Stiftung 2011).

**Clemens Wieland und
Aline Hohbein**

Wenn es um die Einführung einer Ausbildungsgarantie geht (und das steckt letztlich hinter dem Begriff „verbindliche Anschlussperspektive“), wird oft argumentiert, dass dies allein aus Kostengründen nicht realisierbar sei. In diesem Zusammenhang ist es interessant, den Blick über die Grenzen hinweg auf unser Nachbarland Österreich zu werfen. Die dortige Bundesregierung hat Anfang 2007 eine „Bildungsgarantie bis 18 Jahre“ beschlossen. Ein Jahr später trat ein von Sozialpartnern und Bundesregierung erarbeitetes Jugendbeschäftigungspaket in Kraft, das auch die Ausbildungsgarantie für Jugendliche bis 18 Jahre enthielt (vgl. Tritscher-Archan; Nowak 2010, S. 41). In dem aktuellen Aktionsplan „Strategie zum lebensbegleitenden Lernen in Österreich“ wird darüber hinaus formuliert: „Für alle Menschen bis zum 25. Lebensjahr besteht ein Netz an Angeboten, das den Übergang von der Erstausbildung zum Eintritt in das Berufsleben auch stufenweise ermöglicht und jeweils individuell unterstützt. Durch entsprechend flexibilisierte Erstausbildungsmodelle werden regional und branchenspezifisch adäquate Maßnahmen umgesetzt.“ (Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur u. a. 2011, S. 24). Hervorzuheben im Zusammenhang mit den genannten flexibilisierten Erstausbildungsmodellen ist vor allem die „Integrative Berufsausbildung“ für benachteiligte Jugendliche, die bereits seit 1. September 2003 im Berufsausbildungsgesetz verankert ist. Bei der „Integrativen Berufsausbildung“ ist sowohl eine individuelle Verlängerung der Lehrzeit als auch eine auf Teilbereiche eines Lehrberufes beschränkte Ausbildung möglich (vgl. Wirtschaftskammer Steiermark 2010).

Die gesetzliche Grundlage für die Ausbildungsgarantie liefert § 38d, Abs. 1 des Arbeitsmarktservicegesetzes (AMSG): „Soweit berufliche Ausbildungsmöglichkeiten für Jugendliche nicht durch Vermittlung auf Lehrstellen oder andere Maßnahmen sichergestellt werden können, hat der Arbeitsmarktservice geeignete Ausbildungseinrichtungen mit der überbetrieblichen Lehrausbildung zu beauftragen.“ Jugendliche, die nach Absolvierung ihrer Schulpflicht also trotz intensiver Vermittlungsbemühungen keinen dualen betrieblichen Ausbildungsplatz finden konnten oder ihre Lehre abgebrochen haben, werden so lange in überbetrieblicher Ausbildung ausge-

bildet, bis sie einen regulären Lehrplatz bei einem Betrieb gefunden oder ihre Ausbildung beendet haben (vgl. Tritscher-Archan; Nowak 2010, S. 24). Bei einem Übergang ist die volle Anrechnung der bereits absolvierten Ausbildungszeit gewährleistet, und der AMS (Arbeitsmarktservice Österreich) unterstützt die Jugendlichen bei der Suche nach einem Betrieb (vgl. Arbeitsmarktservice Österreich). Derzeit werden über 100 Lehrberufe im Rahmen der überbetrieblichen Ausbildung angeboten (vgl. Tritscher-Archan; Nowak 2010, S. 41).

Ansätze in diese Richtung gibt es auch in Deutschland, insbesondere in Hamburg und Nordrhein-Westfalen. Im Falle Hamburgs ist geplant, dass Jugendliche, die keinen dualen Ausbildungsplatz erhalten haben, zunächst für das erste Ausbildungsjahr eine öffentlich geförderte Lehrstelle antreten. Sollte sich nach dem ersten Jahr keine Übergangsmöglichkeit in das duale System ergeben, so kann der Jugendliche die Ausbildung auch im geförderten Bereich fortsetzen. In Nordrhein-Westfalen kamen bereits in der Vergangenheit flexibilisierte Formen beruflicher Ausbildung zum Einsatz (der sogenannte „Dritte Weg“). Insbesondere das schulische Übergangssystem soll nun ausbildungs- und anschlussorientiert umgestaltet werden. Schulische Maßnahmen, die nicht zu einem verwertbaren Abschluss führen, werden sukzessive abgeschafft. An ihre Stelle tritt die Vermittlung von Ausbildungsbausteinen oder höheren Schulabschlüssen. Die genannten Ansätze sind zukunftsweisend für die Reform des Übergangsbereiches in Deutschland und lassen sich durch Beispiele aus anderen Bundesländern ergänzen.

Dies zeigt: Es tut sich viel im Übergangsbereich, und es werden neue Ansätze erprobt, um endlich Ernst zu machen mit dem Slogan „Wir lassen keinen allein“. Die Ressourcenfrage ist wichtig und lösbar: Immerhin sind in Deutschland 89 Prozent der Berufsbildungsfachleute davon überzeugt, dass die finanziellen Mittel und das Personal im Übergangssystem effektiver eingesetzt werden müssten (vgl. Autorengruppe BIBB/Bertelsmann Stiftung 2011). Aus bildungsökonomischen Untersuchungen sind zudem die positiven volkswirtschaftlichen Effekte von Investitionen in Bildung bekannt. Offenkundig fehlt es also weder an Vorbildern noch an Ressourcen. Ge-

fragt ist jetzt ein konsequentes und mutiges Handeln.

Literatur:

- Arbeitsmarktservice Österreich. Überbetriebliche Lehrausbildung. http://www.ams.at/sfa/14081_21890.html Download vom 26.08.2011.
- Autorengruppe BIBB/Bertelsmann Stiftung. Reform des Übergangs von der Schule in die Berufsausbildung. Aktuelle Vorschläge im Urteil von Berufsbildungsexperten und Jugendlichen. Bonn und Gütersloh 2011. www.expertenmonitor.de und http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_33062_33063_2.pdf
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2008) (Hrsg.). Bildung in Deutschland 2008. Bielefeld.
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010) (Hrsg.). Bildung in Deutschland 2010. Bielefeld.
- Bertelsmann Stiftung (2011) (Hrsg.). Übergänge mit System. Rahmenkonzept für eine Neuordnung des Übergangs von der Schule in den Beruf. Gütersloh.
- Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur; Bundesminist. für Wissenschaft und Forschung; Bundesminist. für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz; Bundesminist. für Wirtschaft, Familie und Jugend (2011) (Hrsg.). Strategie zum lebensbegleitenden Lernen in Österreich. Wien 2011.
- Statistisches Bundesamt. Bildung und Kultur. Schnellmeldung Integrierte Ausbildungsberichterstattung. Anfänger im Ausbildungsgeschehen nach Sektoren/Konten und Ländern 2010. Wiesbaden 2011. <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Fachveroeffentlichungen/BildungForschungKulturSchulen/SchnellmeldungAusbildungsberichterstattung5211002107004,property=file.pdf>. Download vom 29.08.2011. (Statistisches Bundesamt 2011)
- Tritscher-Archan, Sabine; Nowak, Sabine (2010) (Hrsg.). Berufsbildung in Europa – Länderbericht Österreich. Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft (ibw). Wien 2010. Wirtschaftskammer Steiermark 2010 (Hrsg.). Integrative Berufsausbildung. http://portal.wko.at/wk/format_detail.wk?AnglID=1&StID=367967&DstID=1691. Artikel vom 23.11.2010.
- Nähere Informationen zur Initiative „Übergänge mit System“: www.bertelsmann-stiftung.de/uems

Clemens Wieland Aline Hohbein

Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
clemens.wieland@bertelsmann-stiftung.de
aline.hohbein@bertelsmann-stiftung.de